

In den letzten Tagen wird medial intensiv diskutiert, ob im schulischen Bereich aus religiösen Gründen eine Dispens für das Händeschütteln erteilt werden darf.

Ob eine primär soziale Konvention, einer (Lehr-) Person Hände zu schütteln, ohne gesetzliche Grundlage durchgesetzt werden kann, wäre vertieft zu diskutieren, wie auch die Frage, ob formelle Dispensierungen ausgesprochen werden dürfen.

Der Kanton Basel-Stadt kennt das Rechtsinstitut des Handgelübdes, ich verweise auf § 58 f. des neuen GOG, § 8 Abs. 3 Notariatsgesetz und § 7 des Reglementes über das Anwaltsexamen. Hinzuweisen ist speziell auf § 58 Abs. 3 des noch nicht in Kraft getretenen neuen GOGs.

Der Gerichtsrat wird über den Inhalt des Handgelübdes sowie die Einzelheiten der Ablegung zu bestimmen haben. Abzulegen haben ein Handgelübde gemäss dieser neuen Bestimmung vor Amtsantritt respektive Stellenantritt alle Präsidentinnen und Präsidenten, Richterinnen und Richter sowie Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber sowie die weiteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte. Gleiches gilt mutatis mutandis für die Staatsanwaltschaft (§ 59 neues GOG).

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie grenzt der Regierungsrat Verpflichtungen zum Hände schütteln, die auf sozialen Konventionen beruhen, von Rechtspflichten wie dem Institut des Handgelübdes ab? Welche Konsequenzen zieht der Regierungsrat aus einer solchen Abgrenzung?
2. Kam es schon zu Schwierigkeiten bei der Abnahme von Handgelübden, da die zum Handgelübde verpflichtete Person aus religiösen Gründen ein solches nicht ablegen wollte, insbesondere weil Personen männlichen Geschlechtes ein Handgelübde gegenüber Personen weiblichen Geschlechtes nicht abgeben wollten?
3. Wird der Regierungsrat durchsetzen, dass, soweit sein Zuständigkeitsbereich betroffen ist, aus religiösen Gründen keinerlei Verweigerungen der Ablegung eines Handgelübdes erfolgen, somit z.B. auch nicht angeboten wird, dass das Handgelübde einer Person männlichen Geschlechtes statt einer primär zuständigen Person weiblichen Geschlechtes abgegeben wird?
4. Teilt der Regierungsrat die Auffassung, ohne in die Unabhängigkeit des Gerichtsrates einzugreifen, dass auch der Gerichtsrat in seinen Bestimmungen gemäss § 58 Abs. 3 des neuen GOG keinerlei Ausnahmen vorsehen sollte?

David Jenny